

Pressemitteilung

Berlin, 03.12.2024

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Deutschland braucht ein Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit

Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) warnt davor, wegen der Auflösung der Ampel-Koalition das wichtige Gesetz zur Stärkung der Öffentlichen Gesundheit auf die lange Bank zu schieben oder gar aufzugeben. Der wesentliche Inhalt des Gesetzes ist die Errichtung eines neuen Bundesinstitutes für Öffentliche Gesundheit (BIÖG). „Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es besonders wichtig ist, den ÖGD auf allen Ebenen zu stärken oder sogar erst neu aufzubauen. Die Gesundheitsämter vor Ort benötigen die Unterstützung der Landes- und Bundesebene – und dies nicht nur bei Krisen“, sagte die BVÖGD-Vorsitzende Dr. Kristina Böhm.

„Wir brauchen gut ausgestattete und eng miteinander verzahnte Strukturen für den ÖGD auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene“, betonte auch der erste stellvertretende BVÖGD-Vorsitzende, Dr. Emanuel Wiggerich.

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin

E-Mail: info@bvoegd.de

Telefon: 030 8872737-55